

Ethik siegt: Warum Unternehmen profitieren, wenn sie nicht jedes Steuerschlupfloch nutzen

von Christoph Lütge
(Süddeutsche Zeitung, 8. Dezember 2014, S. 2)

Benjamin Franklin sagte 1789, nur zwei Dinge seien auf Erden gewiss: der Tod und die Steuern. Das ist bis heute so geblieben, und es hat auch seinen Sinn: Steuern sind dafür da, dass Unternehmen, gerade Großunternehmen, etwas an die Gesellschaft zurückgeben für die Vorteile, die sie aus den Rahmenbedingungen ihres Wirtschaftens erlangen.

Steuern sind keine Spende an den Staat. Sie sollen von jedem gezahlt werden, der eine staatliche Infrastruktur in Anspruch nimmt. Das gilt für die einzelnen Bürger genauso wie für Unternehmen jeglicher Größe. Unternehmen genießen gern die Vorteile einer guten Rahmenordnung, einer funktionierenden Verwaltung, eines Justizsystems oder auch einer guten Wirtschaftspolitik. Es ist klar, dass dies nicht kostenlos zu haben ist.

Ein anderer Gesichtspunkt ist allerdings nicht von der Hand zu weisen: Es ist richtig, dass die Steuern- und Abgabenquote in Deutschland auf einem sehr hohen Niveau liegt, genauer gesagt auf dem zweiten Platz weltweit. Es kann wohl kaum das Ziel sein, diese Spitzenposition zu verteidigen. Steuern müssen verhältnismäßig sein; das Bundesverfassungsgericht hat 1995 zumindest im Grundsatz Besteuerungen von mehr als 50 Prozent für verfassungswidrig erklärt. Bewirkt hat das wenig, und so ist Steuerwettbewerb zwischen Staaten, sogar zwischen Bundesländern, letztlich die einzige Möglichkeit, Steuersätze einer Kontrolle zu unterwerfen. Der Steuerwettbewerb erfüllt damit einen Zweck für die Bürger in Deutschland und in anderen Staaten. Ein Weltstaat, der alle Steuersätze festlegen könnte, wäre nicht wünschenswert – er würde wohl kaum seine Steuersätze moderat halten. Nein, Wettbewerb zwischen Staaten mit unterschiedlichen Steuersätzen und Steuersystemen ist im Interesse der Bürger. Ansonsten treffen wir uns alle auf dem höchsten Steuerniveau.

Allerdings: In der aktuellen Debatte geht es darum, dass Unternehmen gezielt Steuer-Schlupflöcher nutzen. Sie suchen die Vorteile eines Systems, ohne den Preis dafür zu bezahlen. Und Länder wie Luxemburg machen es ihnen möglich, elaborierte Rechtskonstruktionen zu entwickeln, die nur dem Zweck der Steuervermeidung dienen. Manches davon ist legal aufgrund von internationalen Steuerabkommen, die eigentlich dazu da sind, Doppelbesteuerungen zu vermeiden. Aber das ist gar nicht das Ziel dieser Konstruktionen.

Die Art und Weise, in der der Wettbewerb hier geführt wird, ist somit unethisch. Steuerwettbewerb sollte im Rahmen angemessener Regeln geführt werden. Wettbewerb hat grundsätzlich positive Wirkungen, nur taugt er nichts ohne entsprechende Regeln. Mit falschen oder unzureichenden Regeln leistet der Wettbewerb nicht das, was er soll, sondern führt dazu, dass Monopole entstehen, dass Preise überhöht sind oder dass eine Seite die andere ausbeutet. Deshalb haben sich die Mitgliedstaaten der EU zum Beispiel zum automatischen Informationsaustausch über die Konten ihrer Bürger verpflichtet – das absehbare Ende des Bankgeheimnisses ist ein großer Fortschritt. Lange Zeit schien es undenkbar, solche Abkommen zur Beseitigung oder zumindest Reduzierung von Steueroasen abzuschließen, und das, obwohl einige dieser Oasen wie die Cayman-Inseln im

Verantwortungsbereich von EU-Mitgliedern liegen. Es scheint aber nun tatsächlich möglich, dem sinnvollen Wettbewerb sinnvolle Regeln zu geben.

Steuerwettbewerb sollte, auch bei entsprechend gesetzten Regeln, von den Beteiligten fair und mit fairen Mitteln geführt werden. Dazu gehört auch, dass Unternehmen nicht durchs letzte Steuerloch schlüpfen, das sie finden können. Es wird zwar oft argumentiert, man könne nicht erwarten, dass Unternehmen von sich aus Steuerlücken auslassen, dass sie ihr Geld nicht immer dorthin fließen lassen, wo es die niedrigsten Steuern gibt. Doch, das kann man! Unternehmen müssen mehr tun, als sich an die Regeln zu halten.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman konnte 1970 noch behaupten, die soziale Verantwortung der Unternehmen liege allein in der Maximierung ihrer Gewinne. Das gilt aber heute nicht mehr. Die Verantwortung der Unternehmen geht über die Gewinnmaximierung hinaus. Das sehen mittlerweile auch viele Unternehmen so – im eigenen Interesse. Nicht nur in den USA und anderen Industrieländern, auch in Schwellen- und Entwicklungsländern zeigen zahlreiche Beispiele, wie multinationale Unternehmen mehr leisten, als nur Business zu treiben. Sie halten freiwillig deutlich höhere als die gesetzlichen Umwelt- oder Sozialstandards ein; sie führen konstruktive Dialoge mit Nichtregierungsorganisationen. Sie schließen sich freiwillig zu Aktionsbündnissen gegen Korruption zusammen, die oftmals mehr bewirken als staatliche Regelungen. Sie tun das, weil sie wissen, dass zufriedene Mitarbeiter, stabile Verhältnisse im Land und hohes Ansehen des Unternehmens in der Öffentlichkeit viel Geld wert sind.

Und so ist auch bei den Steuern die maximale Vermeidung keine sinnvolle Strategie. Gerade Großunternehmen sollten Augenmaß bewahren und nicht die günstigstmöglichen Steueroasen suchen. Man kann von Unternehmen, die sich im europäischen oder weltweiten Wettbewerb bewegen, erwarten, dass sie – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – ihren Beitrag zu einem funktionierenden Gemeinwesen leisten. Gerade Großunternehmen haben nun einmal größere Möglichkeiten, die gehen aber auch mit größerer Verantwortung einher. Wer mehr Macht hat, von dem kann auch mehr verlangt werden: dass er Arbeitsplätze schafft, gute, innovative, preiswerte Produkte oder Dienstleistungen bereitstellt, dass er in die Sozialkassen zahlt – und dass er selbstverständlich seine Steuern entrichtet.

Besonders problematisch an der Luxemburger Steuervermeidungs-Affäre ist, dass auch öffentlich-rechtliche Körperschaften betroffen sind sowie Unternehmen, die besondere Vorteile auf dem deutschen Markt genießen. Dass Tochterunternehmen des Energiekonzerns Eon Steuervorteile in Luxemburg gesucht haben, ist da sehr bedenklich – gerade Energieunternehmen sind hierzulande immer noch vor dem globalen Wettbewerb geschützt. Der Fall sollte ein Anlass sein, den Markt auf dem Energiesektor genauer unter die Lupe zu nehmen.

Der Wettbewerb ist ein Verbündeter der Bürger, wenn er fair geführt wird. Für die Fairness sind angemessene Regeln erforderlich. Darüber hinaus ist aber auch die Verantwortung der beteiligten Akteure gefragt, gerade wenn Regeln unzureichend sind oder fehlen. Unternehmen im Wettbewerb sind gut beraten, den Eindruck zu vermeiden, sie würden sich dieser Verantwortung entziehen.